50 Jahre "Blumen für Stukenbrock"

Kategorie: Aus Bewegungen und Parteien
Veröffentlicht: Sonntag, 03. September 2017 15:04



03.09.2017: Am 2. September 1967 fand auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock (Ostwestfalen) die erste Gedenkfeier statt. Anlass und Zielsetzung sind auch nach 50 Jahren noch aktuell. Bei der Veranstaltung am Samstag (2.9.) forderte der friedenspolitische Arbeitskreis "Blumen für Stukenbrock" eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland. Der Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, Ulrich Schneider, forderte in seiner Rede (unten dokumentiert), dass russische Sicherheitsinteressen ernst genommen werden müssten, anstatt mit Nato-Truppen immer näher an die Grenzen des Landes zu rücken.

Wie jedes Jahr zum Antikriegstag wurde bei der Gedenkveranstaltung auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock-Senne (Kreis Gütersloh) am Samstag (2.9.) den dort bestatteten sowjetischen Kriegsgefangenen gedacht. Dort ruhen die in deutscher Gefangenschaft in der Zeit von 1941 – 1945 zu Tode gequälten 65.000 sowjetischen Kriegsgefangenen des STALAG 326 Stukenbrock- Senne. Heuer wurde zugleich das 50-jährige Engagement des Arbeitskreises "Blumen für Stukenbrock" gewürdigt. Der Arbeitskreis ist eine der ältesten Gedenkstätten-initiativen für sowjetische Kriegsgräberstätten in der Bundesrepublik und versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Er wurde 1967 im Ringen um die Überwindung des Kalten Krieges von einer Gruppe junger SozialdemokratInnen, KommunistInnen und VertreterInnen der Kirchen gegründet. Die erste Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Ostwestfalen fand am 2. September 1967 statt.

Auch heute steht "Blumen für Stukenbrock" für das Engagement gegen einen neuen Kalten Krieg, für eine neue Entspannungspolitik, die es im Umgang mit Russland und den anderen ehem. UdSSR-Staaten geben muss, wenn Friede sein soll.

Phoca PDF



***Hubert Kniesburges*,** Vorsitzender des Arbeitskreises "Blumen für Stukenbrock" (links im Bild mit dem Ulrich Schneider) erinnert daran, dass bei dem jährlichen Gedenken nicht nur der hier im Lager 326 zu Tode gequälten 65.000 toten sowjetischen Kriegsgefangenen gedacht wird, sondern dass außer ihnen in diesem Lager auch zahlreiche Gefangene und Zwangsverschleppte aus der UdSSR, aus Polen, Frankreich, Italien und Jugoslawien ermordet wurden. "All diese Toten mahnen uns, Kriege als Mittel der Politik zu verdammen", das ist die Schlussfolgerung für Kniesburges. Trotzdem haben ~~Kriege und Bürgerkriege in der Welt nicht abgenommen. Im Gegenteil. "Bewaffnete Konflikte~~ haben sich längst zu großflächigen Krisenherden ausgeweitet. In einem nie dagewesenen Ausmaß sind Millionen von Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg und Terror. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, sollte sich für eine friedliche Lösung aller Konflikte einsetzen, sollte seine Stimme erheben gegen Kriegswaffenexporte. Wer Waffen exportiert, fördert Kriege und erntet Flüchtlingsströme. Das Flüchtlingselend und der Terror sind eng verbunden mit den Kriegen der Gegenwart", so Kniesburges.

"Ein dauerhafter Frieden ist nur mit Russland möglich!" (Motto des diesjährigen Gedenkens)

Im Interesse der Menschen in Deutschland und Russland müsse eine Verschärfung politischer und militärischer Spannungen verhindert werden, sagte der Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, ***Ulrich Schneider.*** Russische Sicherheitsinteressen müssten ernst genommen werden anstatt mit Nato-Truppen immer näher an die Grenzen des Landes zu rücken. Nötig sei eine neue Ost- und Entspannungspolitik. Schneider lobte das jahrzehntelange Engagement von "Blumen für Stukenbrock" als "beeindruckendes Beispiels für die Kontinuität geschichtspolitischer Erinnerungsarbeit".

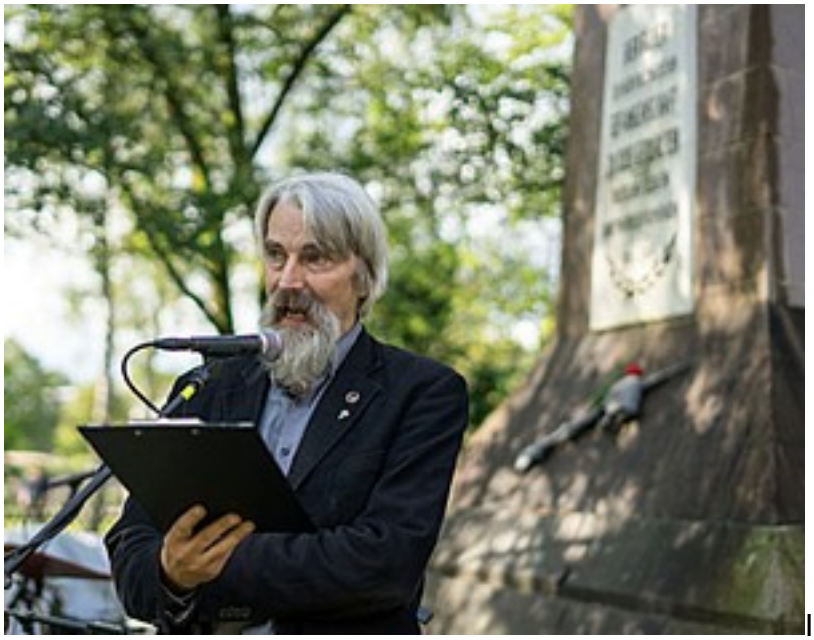
<u>Dokumentiert:</u>

Ansprache "50 Jahre Blumen für Stukenbrock" (2. September 2017)

Phoca PDF

von Ulrich Schneider,

Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) Bund der Antifaschisten



Ich vertrete hier die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation von etwa 60 Verbänden von ehemaligen Partisanen, Deportierten, Opfern des Faschismus, Kämpfern in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition und ihrer Angehörigen, sowie Antifaschisten heutiger Generationen aus über 25 Staaten Europas, aus Israel und nun auch aus Lateinamerika. Unser Dachverband und seine Mitgliedsverbände blicken auf eine etwa 70jährige Tradition zurück, wobei wir uns nicht als Traditionsverband, sondern als Teil der gesellschaftlichen Kräfte für Antifaschismus, umfassende Menschenrechte und gesellschaftlichen Fortschritt und insbesondere Frieden verstehen.

Die FIR hat in allen Jahren ihres Bestehens sich immer als Verband von Veteranenorganisationen in Ost und West verstanden – ungeachtet des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts. Und sie trat ein für Entspannungspolitik und nicht-militärische Konfliktlösungen – vor allem in Europa. Von daher war eure Initiative vor 50 Jahren schon damals inhaltlich deckungsgleich mit dem Anliegen und den Initiativen der FIR.

50 Jahre Blumen für Stukenbrock ist für uns ein beeindruckendes Beispiel für die Kontinuität geschichtspolitischer Erinnerungsarbeit. Ich bin alt genug, dass ich mich noch daran erinnern kann, wie die ersten Anfänge des Gedenkens hier in Stukenbrock in der politischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Er war die Zeit, als eine Mehrheit der Gesellschaft sich aufmachte, die Schützengräben des Kalten Krieges zu verlassen. Die Sowjetunion – oder auch „der Russe“ – war nicht mehr das allseits geteilte Feindbild. Die meisten von euch kennen das wunderbare Gedicht des in diesem Jahr verstorbenen russischen Dichters Jewgenij Jewtuschenko „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“ Die Titelzeile dieses Gedichtes wurde in diesen Jahren zu einem Motto der Friedensbewegung, die sich für die „neue Ostpolitik“, die Entspannungspolitik und die Anerkennung der Verträge mit Moskau und Warschau einsetzte.

Phoca PDF

Ich möchte meine Ansprache nicht allzu sehr in historischer Erinnerung verbringen, aber angesichts der heutigen Weltlage und den sich erneut verschärfenden Spannungen zwischen Russland und Europa ist es manchmal durchaus gerechtfertigt, darauf hinzuweisen, dass und wie es der Friedensbewegung gelungen ist, solche politischen Blockadehaltungen zu überwinden.

Damals waren es zwei Faktoren, die einer realistischeren Haltung im Wege standen:

Erstens waren es die geopolitischen Folgen des Zweiten Weltkrieges, die von einem nicht unerheblichen Teil der politischen Elite unseres Landes nicht anerkannt wurden. Manch einer erinnert sich noch an die Parole „Dreigeteilt niemals!“ Das war nicht nur die Losung der Revanchisten-Verbände, der Ewiggestrigen und der damals aufkommenden NPD, nein – das war auch die Parole der Regierungspartei. Eine solche Orientierung verhinderte natürlich jegliche Anerkennung der politischen Realitäten.

Und es bedurfte nicht nur der Politik einer sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt, sondern einer breiten gesellschaftlichen Debatte, die deutlich machte, dass die Menschen in unserem Land tatsächlich eine Entspannungspolitik wollten. Der erste und einzige politische „Generalstreik“ in der Geschichte der BRD fand bekanntermaßen am Tag des Misstrauensvotums gegen die Brandt/ Scheel – Regierung statt, als in fast allen Großbetrieben des Landes die Beschäftigten die Arbeit niederlegten, sich zu spontanen Betriebsversammlungen zusammenfanden und der Live-Übertragung der Bundestagsdebatte lauschten. Dieses Beispiel zeigt mehr als deutlich die gesellschaftliche Breite der damaligen Friedensbewegung, die den politischen Scharfmachern und offenen Faschisten („Brandt an die Wand! Widerstand!“) entgegentraten.

Es wäre – nein es ist eine Aufgabe in der heutigen Friedensdebatte, sich offensiv für eine Rückkehr zur politischen Entspannungspolitik einzusetzen, ohne dazu unzulässige Vorbedingungen an die jeweils andere Seite zu stellen. Angesichts der damaligen Bedrohung der Menschheit durch den atomaren Over-kill lautete ein Slogan: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“

Und tatsächlich muss auch heute gelten, in einer Zeit, in der sich scheinbar die Bedrohung durch Terrorismus auf andere Felder verschoben hat, dass in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen keine andere Lösung denkbar sein darf als eine nicht-militärische.

Die zweite Ebene war die Anerkennung der geschichtspolitischen Verantwortung für die Verbrechen, die von der deutschen Wehrmacht und den anderen Einheiten im Zweiten Weltkrieg – insbesondere im Krieg gegen die Sowjetunion – begangen wurden.

Hier hat die politische Erinnerungsarbeit in Stukenbrock ein großes Gewicht für die Bereitschaft zur Anerkennung der Verantwortung.

An diesem Ort liegen 65.000 sowjetische Kriegsopfer, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die unter den unmenschlichen Bedingungen umgebracht wurden. Diese Zahl bedeutet ungefähr 1 Promille aller Kriegsopfer im Zweiten Weltkrieg. Wer also diese große Friedhofsanlage betrachtet und diese Zahl mit 1000 multipliziert, erhält eine ungefähre Vorstellung von der Dimension der Vernichtungspolitik. Aber es ging nicht nur um die quantitative Dimension. Eure Erinnerungsarbeit stand ganz originär im Widerspruch zu einer zentralen Lebenslüge der

Phoca PDF

bundesdeutschen Gesellschaft, dass nämlich die Verbrechen insbesondere an der Ostfront nur das Werk der faschistischen Terrororganisationen gewesen seien – der SS, der Einsatzgruppen oder der Gestapo. Die Armee habe als „saubere Wehrmacht“ mit solchen Verbrechen nichts zu tun gehabt. Es war eine Lebenslüge im Interesse der Millionen Soldaten und Offiziere, die nach dem Krieg wieder in die bundesdeutsche Gesellschaft integriert werden sollten – ohne jedoch Verantwortung für diese Taten übernehmen zu müssen. Es dauerte noch gut 30 Jahre nach dem Start eurer Arbeit in Stukenbrock, bevor mit der eindrucksvollen und intensiv recherchierten Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ dieses Tabu gesellschaftlich durchbrochen werden konnte.

Aber ihr hier in Stukenbrock wisst ebenfalls, dass damit die geschichtspolitische Auseinandersetzung in keiner Weise beendet war, wie nicht zuletzt der Streit um die Wiederherstellung des originalen Zustandes des Mahnmals einmal mehr unterstreicht. Da mir gesagt wurde, dass dazu noch gesprochen wird, will ich diesen Punkt nicht weiter ausführen, obwohl mir dazu viele aktuelle Parallelen einfallen.

So erreichten die FIR in den vergangenen Jahren immer wieder Hilferufe von Mitgliedsverbänden – insbesondere aus Osteuropa und dem ehemaligen Jugoslawien, die sich in einem teils verzweifelten Abwehrkampf gegen die Beseitigung von Gedenk- und Erinnerungsorten befinden. Unter dem Schlagwort der „Dekommunisierung“ findet ein Bilder- und Denkmalssturm statt, der jüngst in Polen durch einen Parlamentsbeschluss, der durch das Präsidentendekret Gesetzeskraft erhalten hat, noch eine Steigerung erlebt hat. Mehrere hundert Denkmäler für die rote Armee, die an die Befreier vom deutschen Faschismus erinnern, sollen noch in diesem Jahr abgeräumt werden. Ähnliches hat es bereits in Kroatien, in Ungarn und in verschiedenen baltischen Staaten gegeben.

Besonders perfide werden solche Formen der Geschichtsbereinigung, wenn an Stelle der Denkmäler für die Befreiung vom Faschismus, Gedenkstätten für die „Helden der nationalen Unabhängigkeit“ errichtet werden, was defacto Kollaborateure der deutschen Okkupanten waren. So soll beispielsweise eine zentrale Hauptstraße in Kiew seinen Namen von Nikolai Watutin, dem legendären Kommandeur der roten Armee, die die Stadt befreite, zu Roman Schuchewitsch wechseln. Der hatte als Offizier des aus ukrainischen Nationalisten bestehenden Wehrmachtsbataillons «Nachtigall» am Angriff auf die UdSSR im Juni 1941 teilgenommen und wurde später Befehlshaber der Ukrainischen Unabhängigkeitsarmee (UPA), der Armee von Bandera. Die Botschaft ist klar: Nun ehren wir jene faschistischen Kollaborateure, die selbst an den Massenmorden gegen Polen und polnischen Juden, sowie Bürger der Sowjetunion beteiligt waren.

Auch in den Baltischen Staaten erleben wir, dass die Kollaborateure der faschistischen Verbrecher als „Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit“ gewürdigt werden. Jedes Jahr Mitte März marschieren in Riga ehemalige SS-Freiwillige und Anhänger extrem nationalistischer Gruppen unter dem Schutz der Polizei und mit Billigung der Regierung auf, während Antifaschisten aus europäischen Staaten massiv daran gehindert werden, friedlich gegen einen solchen Aufmarsch zu protestieren. In diesem Jahr wurden zwei Busse russischer Kriegsveteranen und ihrer Angehörige an der Grenze so lange festgehalten, bis der SS-Aufmarsch in Riga beendet war, bevor man sie – trotz gültiger Einreisepapiere – nach Russland zurückschickte.

Das politische Ziel solcher „Bereinigung der Geschichte“ ist nicht nur die Veränderung des

Phoca PDF

Geschichtsbildes, sondern auch eine ideologische Vorbereitung auf eine Verstärkung der militärischen Präsenz der NATO direkt an der Grenze zu Russland.

Für alle diejenigen, die heute hier in Stukenbrock gedenken, mag es keine neue Information sein. Aber wir müssen in der öffentlichen Debatte um solche Truppenverschiebungen in Richtung Osten immer wieder deutlich betonen, dass solch ein Verhalten der NATO und in ihren Reihen auch der deutschen Regierung vollkommen im Widerspruch zu den Zusagen der NATO und der BRD aus dem Jahre 1990 steht, die im Zusammenhang mit der Bereitschaft der UdSSR, dem Vereinigungsprozess von BRD und DDR zuzustimmen, gegeben wurden. Damals wurde gegenüber Michail Gorbatschow ein Versprechen abgegeben, welches sich auch in den Begleitpapieren zu dem 2+4-Vertrag findet, dass die NATO nicht näher an die sowjetischen Außengrenzen vorrücken werde. Und am 21.November 1990 verkündeten 32 europäische Staaten sowie Kanada und die USA die „Charta für ein neues Europa“ mit der Verpflichtung zur Einhaltung der territorialen Integrität, der Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens in Europa. Das war eine der Voraussetzungen, dass die damals noch in den neuen Bundesländern stationierten sowjetischen Streitkräfte abgezogen wurden.

Leider sind die damaligen Hoffnungen und Erwartungen bitterlich enttäuscht worden. Permanente Aufrüstung, militärische und wirtschaftliche Sanktionen – deren Folgen in vielfältiger Form selbst deutsche Unternehmen deutlich spüren, obwohl sich diese Sanktionspolitik doch gegen Russland richten sollte – haben einen neuen Kalten Krieg ausgelöst. Heute sehen wir, dass NATO – Einheiten bereits in kampffähigen Formationen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR stehen und – tatsächlich – nur noch knapp 200 km von St. Petersburg entfernt sind. Die Schutzbehauptung, dass diese Stationierung nur „zeitlich befristet“ sei, wird durch das Rotationsprinzip konterkariert, indem damit eine dauerhafte Truppenstärke gewährleistet wird.

Aber vielleicht sollten auch unsere Politiker mal daran denken: Es gibt bis heute noch viele Menschen in Petersburg und im Oblast Leningrad, die sich an die Schrecken der 900 tägigen Blockade der Stadt durch die deutsche Wehrmacht erinnern, die weit über 1 Mill. Opfer kostete. Nicht umsonst wurde Leningrad als Gorod Goroy – „Heldenstadt“ bezeichnet und in der alltäglichen russischen Erinnerung sind diese Schrecken weiterhin präsent.

Ich will aber nicht nur zurückblicken, sondern auch einen Ausblick auf das Verhältnis zu Russland heute und zukünftig wagen.

Wir müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands ernst nehmen und dürfen diesem Land militärisch nicht in dem Maße „auf die Pelle“ rücken, dass es sich zu Gegenmaßnahmen veranlasst sieht.

Kein Mensch will russische Mittelstreckenraketen im Gebiet von Kaliningrad. Aber dann dürfen wir auch nicht zulassen, dass US – Raketeninfrastruktur direkt an der polnischen Ostgrenze stationiert wird – angeblich zum Schutz vor iranischen und nordkoreanischen Atomraketen, wie es noch unter der Regierung des Friedensnobelpreisträgers Obama hieß. Und wer die Sprüche der heutigen Regierung Trump hört, der kann nur dafür eintreten, dass überhaupt keine amerikanischen Waffen dort stationiert werden.
Dem Sicherheitsinteresse der baltischen Staaten und Polens ist weit mehr damit geholfen, wenn es zu einer Reaktivierung von OSZE-Prozessen kommt, als wenn deren und unser Rüstungshaushalt auf 2% des BIP aufgebläht wird.

Phoca PDF

Und wenn man die Entwicklung in der Ukraine heute sieht, dann kann man deutlich sehen, in welche politische Sackgasse die „regime change“-Strategie geführt hat. Westliche Militärstrategen sprechen bereits von einem „failed state“, dessen Überreste in einer geopolitischen Strategie neu sortiert werden müssten. Zwar war – insbesondere die US-Strategie – zur Ablösung des gewählten Präsidenten Janukowitsch erfolgreich. Aber es kann nicht angehen, dass seitens der BRD und Frankreich, die damals eine friedliche Lösung verhandelt hatten – die dann zwar durch die rechten Kräfte in der Ukraine gebrochen wurden, keinerlei Anstrengungen unternommen werden, die gegenwärtige Regierung von Präsident Poroschenko dazu zu veranlassen, zumindest den gemeinsam verhandelten Minsker Friedensplan tatsächlich umzusetzen. Wer auf diese Weise international getragene Vereinbarungen und Verträge für obsolet erklärt, kann nicht erwarten, dass die andere Seite eine große Bereitschaft zeigt, freiwillig die bestehenden Positionen aufzugeben.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch an eine Gruppe von Menschen erinnern, die einerseits mit dem Ukraine-Konflikt und mit diesem Ort Stukenbrock verbunden sind: Es sind die ukrainischen Veteranen des „Großen vaterländischen Krieges“. Gerade sie, die heute hochbetagten Veteranen, die sich bis heute als Bürger der Sowjetunion verstehen, die für die Freiheit ihrer Heimat – und nicht für eine der beiden Staaten – gekämpft und gelitten haben und von deren Kameraden sicherlich mehrere tausend hier auf dem Friedhof begraben liegen, sind die Leidtragenden dieser Entwicklung.

Diese Veteranen müssen erleben, dass alles das, für was sie sich eingesetzt haben, durch die geopolitischen Interessen und die zunehmende militärpolitische Spannung infrage gestellt ist. Im Interesse dieser Veteranen, die ebenfalls Mitglied in der FIR sind, rufen wir dazu auf, die zunehmende militärische Eskalation zu beenden und kein „Öl ins Feuer“ des ukrainischen Bürgerkrieges zu gießen.

Im Interesse der Menschen in unserem Land und in Russland müssen wir uns daher gegen jede Verschärfung politischer und militärischer Spannungen wehren.

In Erinnerung an die hier in Stukenbrock begrabenen Opfer der faschistischen Aggressionspolitik sollte unsere Parole lauten:

Entspannungspolitik statt Konfrontation! Für eine neue Ostpolitik und eine neue Westpolitik, die die Außenpolitik unseres Landes und der EU nicht zu einem Befehlsempfänger der US-Politik degradieren lässt.

Das sind wir den sowjetischen Toten und ihren Angehörigen, aber auch unseren eigenen Bürgern gegenüber schuldig.

fotos: http://www.blumen-fuer-stukenbrock.de, http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1803_stukenbrock.htm

Phoca PDF